



EINE GUTE RENTE
FÜR EIN GUTES
LEBEN IM ALTER

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-51170, Fax: 030/227-56128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Redaktion und Text: Katrin Mohr
Layout und Herstellung: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Tietelfoto: akurtz/iStockphoto.com
Redaktionsschluss: 10. Juni 2013

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden.**

INHALT

Gute Renten sind machbar	2
Besser öffentlich als privat	4
Gute Arbeit – gute Rente	8
Kernfrage: Rentenniveau	10
Nein zur Rente erst ab 67!	14
Solidarität neu gestalten	18
Den sozialen Ausgleich stärken	20
Mindeststandard garantieren: Solidarische Mindestrente einführen	22
Eigenständige Alterssicherung für Frauen ermöglichen	24
Lebensleistung anerkennen – Ostrenten angleichen	26
Gute Renten sind finanzierbar	28



GUTE RENTEN SIND MACHBAR

Jahrelang wurde uns erzählt, gute Renten seien nicht mehr finanzierbar. Daher müsse das Leistungsniveau der Rente sinken, die Versicherten mehr privat vorsorgen, das Rentenalter steigen. Die Rentenpolitik von Rot-Grün bis Schwarz-Gelb war darauf ausgerichtet, die Beiträge für die Unternehmen stabil zu halten. Den Versicherten bescherte sie klaffende Lücken in ihrer Alterssicherung und größere Lasten, weil sie die Kosten ihrer Alterssicherung zunehmend alleine schultern müssen.

Mittlerweile sind die Konsequenzen dieser Politik offensichtlich: Eine neue Welle der Altersarmut rauscht deutlich hörbar heran. Selbst Menschen mit mittleren Einkommen werden in Zukunft nur noch schwer auf Renten oberhalb der Grundsicherung im Alter kommen. Das ist sozialpolitisch eine Katastrophe, untergräbt die Akzeptanz des öffentlichen Versicherungssystems und leistet seiner Zerschlagung Vorschub.

Doch diese Politik ist nicht alternativlos! Gute Renten sind auch in Zukunft machbar und bezahlbar. Wie, das zeigt DIE LINKE.



BESSER ÖFFENTLICH ALS PRIVAT

Für die Beschäftigten ist eine anständige Absicherung über das gesetzliche Rentensystem billiger, sicherer und besser als über private Systeme. Denn an der Finanzierung der gesetzlichen Renten sind die Unternehmen zur Hälfte beteiligt. Die Prämien für private Renten müssen die Versicherten dagegen alleine aufbringen. Und auch bei der Finanzierung von Betriebsrenten ziehen sich die Unternehmen immer mehr aus der Verantwortung zurück.

Die Finanzkrise hat außerdem gezeigt, wie unsicher Altersvorsorgeprodukte sind, die an den Finanzmärkten renditeträchtig angelegt werden müssen. Gerade Rentenfonds haben in der Krise massiv an Kapital verloren. Die zunehmende Privatisierung der Altersvorsorge ist zudem eine der Hauptursachen der Turbulenzen an den Finanzmärkten. Denn sie heizt die weltweite Spekulation an.

Auch die private Alterssicherung ist nicht gegen den demografischen Wandel gefeit. Denn wenn viele Menschen ihre Anlagen zur gleichen Zeit ausbezahlt haben wollen, verlieren diese an Wert.

Die Kosten der Alterung der Gesellschaft lassen sich nicht weg reformieren, nur mehr oder weniger gerecht verteilen!

Gleichzeitig bietet die private Alterssicherung bei weitem nicht den Schutz, den das öffentliche System garantiert.

Die gesetzliche Rentenversicherung sichert nicht nur das Einkommen im Alter ab, sondern auch Erwerbsminderung und Hinterbliebene – ohne Extrakosten! Zeiten der Ausbildung, der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen werden anerkannt. Die Rentenversicherung übernimmt außerdem im Alter die Hälfte der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge.

Private Verträge sichern all dies nicht ab. Häufig sind sie auch nicht dynamisiert, so dass die Preissteigerungen die Leistungen mit der Zeit auffressen. Die Verwaltungsgebühren privater Altersvorsorgeprodukte sind um ein Vielfaches höher als in der gesetzlichen Rentenversicherung. Provisionen und Profite der Versicherungskonzerne fressen die häufig ohnehin bescheidenen Renditen auf.

Angesichts der derzeitigen Lage auf den Finanzmärkten ist die Renditeentwicklung auch für die Zukunft mehr als ungewiss. Die gesetzliche Rentenversicherung bietet dagegen auch den jüngeren Jahrgängen sichere »Renditen« von über drei Prozent.

Alles spricht also dafür, das gesetzliche umlagefinanzierte System wieder zu stärken und zukunftssicher zu machen.

	Gesetzliche Rente	private Alterssicherung
Sicher bei Finanzkrisen	✓	–
Heizt Spekulation nicht an	✓	–
Sichert nicht nur das Alter ab	✓	–
Paritätisch finanziert	✓	–
Niedrige Verwaltungskosten	✓	–
Dynamisierte Leistungen	✓	–
Vernünftige »Rendite«	✓	?



Photo by dazx / iStockphoto.com

GUTE ARBEIT – GUTE RENTE

Ein Schlüssel dazu liegt in der Schaffung guter Arbeit. Denn wenn der Beschäftigungsstand hoch ist und gute Löhne gezahlt werden, fließen auch reichliche Beiträge in die Rentenkasse. Es müssen daher mehr gute Arbeitsplätze geschaffen werden. Insbesondere Frauen muss durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht werden, mehr zu arbeiten und ausreichend eigenständige Rentenansprüche aufzubauen.

Niedrige Löhne und unsichere Jobs bedeuten schlechte Renten. Der Kampf für gute Renten muss deshalb auf dem Arbeitsmarkt beginnen: Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde schützt bei einem Lebensstandardsichernden Rentenniveau auch vor Armut im Alter. Sichere Beschäftigung statt Leiharbeit und Befristungen bedeutet auch eine sichere Perspektive im Alter. Minijobs führen zu Minirenten. Deshalb müssen sie mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleich gestellt werden.

Die jahrelange Umverteilung von unten nach oben muss endlich umgekehrt werden! Das stärkt die Löhne, die Beitragseinnahmen und die Rentenansprüche der Beschäftigten

KERNFRAGE: RENTENNIVEAU

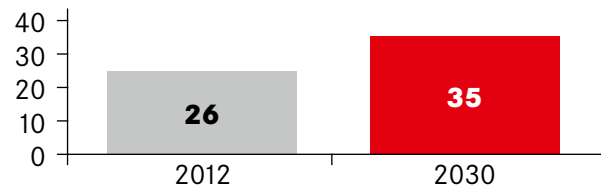
Foto: © Marco2811/Fotolia.com



Gute Arbeit führt aber nur dann zu guten Renten, wenn die gesetzliche Rentenversicherung ein vernünftiges Leistungsniveau bietet. Dieses muss den Lebensstandard im Alter sichern und langjährigen Beitragszahlenden Renten deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus gewährleisten. Dies wird in Zukunft nicht mehr der Fall sein, wenn das Rentenniveau – wie von SPD und Grünen beschlossen und den Nachfolgeregierungen bestätigt – weiter abgesenkt wird.

Dann werden auch Menschen mit mittleren Einkommen in die Altersarmut rutschen. Denn durchschnittlich Verdienende müssen heute bereits 26 Jahre arbeiten, um eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu bekommen, 2030 werden es 35 Jahre sein.

Nötige Beitragsjahre für Rente über Grundsicherung



Die Wiederanhebung des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rente von aktuell knapp 49 Prozent auf 53 Prozent ist deshalb die zweite Kernfrage einer sozial gerechten Rentenpolitik.

Das Rentenniveau muss wieder auf den Stand vor den von SPD und Grünen vorgenommenen Einschnitten angehoben werden!

Sinkendes Rentenniveau

Sicherungsniveau vor Steuern in v. H.

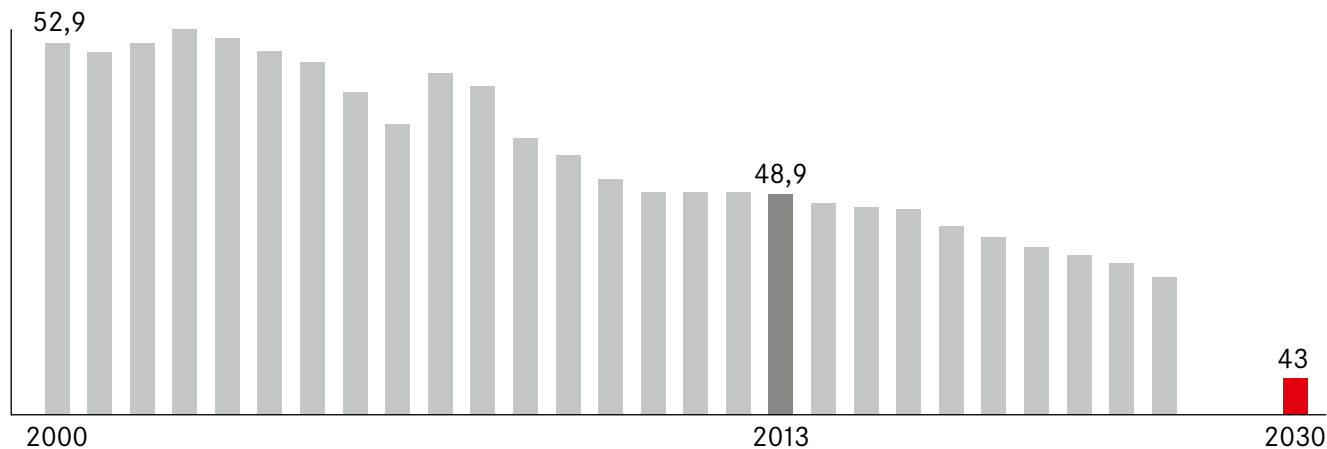




Foto: arbeiterfotografie.com

Zu einer sozial gerechten Rentenpolitik gehört auch ein realistisches Rentenalter. Denn wer nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter durchhalten kann, muss im Alter mit einer durch Abschläge gekürzten Rente auskommen. Das trifft heute schon fast die Hälfte aller Neurentner_innen. Mit der weiteren Anhebung des Rentenalters werden es noch mehr werden.

Denn die wenigsten Versicherten sind kurz vor dem Renteneintritt noch in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Im Alter von 64 sind es nur 14,2 Prozent (vergleiche Grafik Seite 16)! Der Jubel der Bundesregierung über die Beschäftigungssituation der Älteren ist also völlig unangebracht.

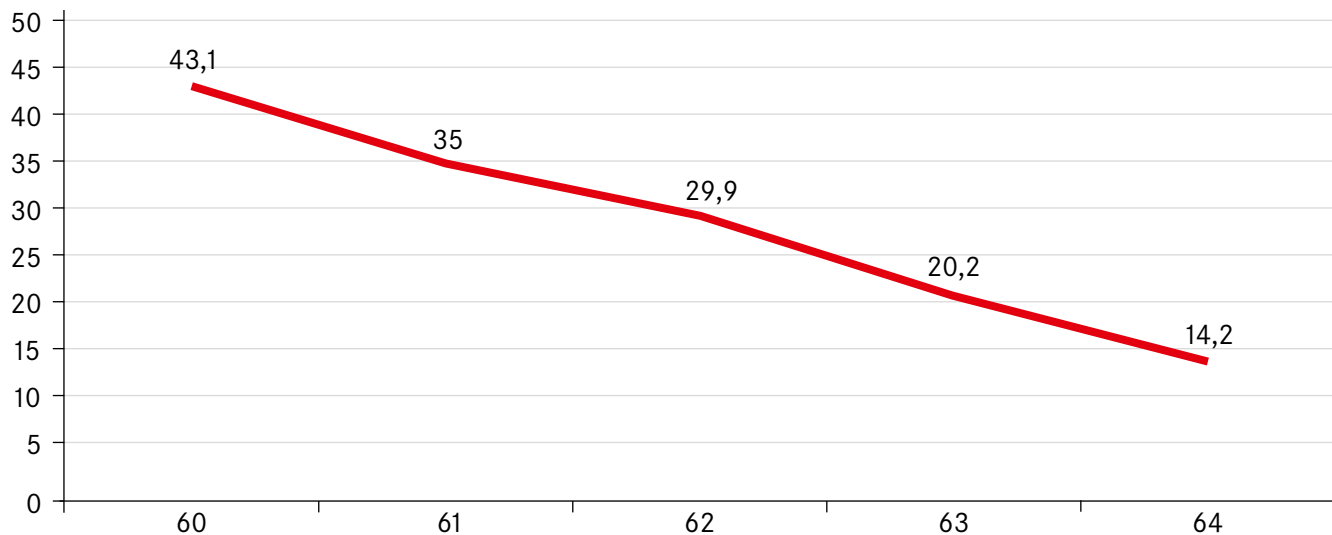
Schon heute gehen 48,2 Prozent aller Neurentner_innen mit Abschlägen von durchschnittlich 110 Euro in Rente.

Die Rente erst ab 67 ist sozialpolitisch hochgradig unverantwortlich. Gleichzeitig bringt sie kaum etwas für die Rentenkasse: Lediglich 0,5 Beitragssatzpunkte können bis 2030 dadurch eingespart werden.

Für durchschnittlich verdienende Beschäftigte sind das knapp sieben Euro im Monat – ein Preis den die Mehrheit der Versicherten gerne zahlen würde, wenn sie weiterhin spätestens ab 65 in

Rente gehen könnte. Nötig sind außerdem flexible Ausstiegsmöglichkeiten davor. Auch die ungerechten Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten müssen weg.

Die Beschäftigungsquote Älterer stürzt ab 60 massiv ab



SOLIDARITÄT NEU GESTALTEN



Foto: © Yuri Arcurs/Fotolia.com

Bisher müssen Gutverdienende nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze in die Rente einzahlen. Viele Berufsgruppen sind außerdem in Sondersystemen abgesichert. DIE LINKE will alle Erwerbstätigen – also auch Beamt_innen, Politiker_innen und Selbständige – in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Alle sollen zu gleichen Anteilen auf ihr Erwerbseinkommen einzahlen. Die hohen Renten werden abgeflacht. Das stärkt die Finanzbasis der gesetzlichen Rentenversicherung, schafft gleiche Bedingungen für alle Erwerbstätigen und Spielraum für sozialen Ausgleich.



DEN SOZIALEN AUSGLEICH STÄRKEN

Foto: Sheryl Griffin / iStockphoto.com

Zeiten der Kindererziehung und Pflege müssen besser abgesichert werden. Denn sie sind gesellschaftlich absolut notwendig und zu wenig anerkannt. Erwerbslosigkeit darf Altersarmut nicht vorprogrammieren. Die Beiträge dafür müssen deshalb deutlich verbessert werden. Auch Zeiten des Niedriglohnbezugs müssen weiterhin aufgewertet werden.

Die Mittel hierfür können durch eine sozial gerechte Steuerpolitik aufgebracht werden. Außerdem schafft die Einbeziehung aller Erwerbstätigen bei Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und Abflachung der hohen Rentenansprüche finanziellen Spielraum für Leistungsverbesserungen.



**MINDESTSTANDARD
GARANTIEREN:
SOLIDARISCHE
MINDESTRENTE
EINFÜHREN**

Für einen Ruhestand in Würde und soziale Teilhabe im Alter brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto einführen. Diese soll aus Steuern finanziert werden und sicherstellen, dass kein Mensch im Alter in Armut leben muss.

A photograph of three women standing side-by-side. The woman in the center has short reddish-brown hair, wears glasses, a red top, and a gold necklace. The woman on the left has blonde hair and wears a white top. The woman on the right has blonde hair and wears a dark top. They all have serious expressions. The background is a plain, light-colored wall.

EIGENSTÄNDIGE ALTERSSICHERUNG FÜR FRAUEN ERMÖGLICHEN

Foto: kai keethler/Stockphoto.com

Viele Frauen erhalten im Alter nur Armutsrenten oder sind auf den Partner angewiesen, weil sie wegen der Erziehung von Kindern oder Pflege von Angehörigen beruflich zurück gesteckt oder Niedriglohn- und Minijobs ausgeübt haben.

DIE LINKE will, dass Frauen eine ausreichende eigenständige Alterssicherung aufbauen können. Damit dies gelingt, muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kindertagesbetreuung und die familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt entschieden verbessert werden. Zeiten der Kindererziehung und Pflege müssen in der Rente besser anerkannt werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn und die Aufwertung von Zeiten des Niedriglohnbezugs schützen auch Geringverdienende und damit vor allem Frauen vor Altersarmut. Die Solidarische Mindestrente garantiert, dass jede und jeder im Alter ein Leben in Würde führen kann. Auch sie nutzt Frauen in besonderem Maße.



Kanzlerin Merkel
rettet Banken.
Rentnerinnen und
Rentner werden
betrogen.
Altersarmut stoppen!
Ostrenten angleichen!

DIE LINKE.

**LEBENSLEISTUNG
ANERKENNEN –
OSTRENTEN
ANGLEICHEN**

Auch 23 Jahre nach der deutschen Einheit wird die gleiche Lebensleistung nicht in gleicher Weise in der Rente anerkannt, weil die Renten mit unterschiedlichen Rentenwerten berechnet werden. Auch zahlreiche Überführungslücken und Ungerechtigkeiten bestehen fort.

Die Regierung Merkel hat ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag – die Vereinheitlichung des Rentenrechts in dieser Wahlperiode – gebrochen. DIE LINKE wird ihr das nicht durchgehen lassen. Wir kämpfen für eine zügige Angleichung der Ostrenten an das Westniveau bis 2017.

Diese darf aber nicht zum Nachteil der heute Beschäftigten führen. Nach wie vor bestehen große Gehaltsunterschiede zwischen Ost und West. Deshalb muss die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter beibehalten werden bis die Unterschiede abgebaut sind.

GUTE RENTEN SIND FINANZIERBAR



Foto: Jonathan Brizendine/iStockphoto.com

Gute Renten sind auch in Zukunft finanzierbar, wenn die Unternehmen wieder gleichmäßig an den Kosten der Alterssicherung beteiligt und alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.

Gegenwärtig wird von den Beschäftigten erwartet, dass sie den Rentenbeitragssatz in Höhe von 9,45 Prozent zahlen und dazu noch 4 Prozent ihres Bruttoeinkommens in eine Riester-Rente und weitere 2 Prozent in eine andere zusätzliche Altersvorsorge, z. B. eine Betriebsrente, stecken.

Für eine Lebensstandard sichernde Alterssicherung sollen sie also 15,45 Prozent ihres Einkommens aufbringen, bis 2030 sogar 17 Prozent. Wären die Unternehmen gleichmäßig an diesen Kosten beteiligt, wären es aktuell nur 12,45 Prozent und 2030 nicht mehr als 14 Prozent.

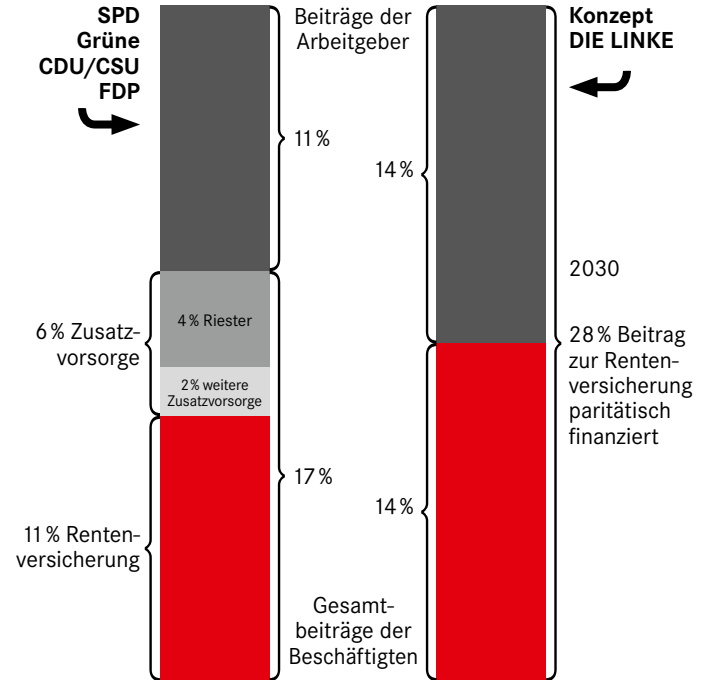
Mit dem Rentenkonzept der LINKEN steigt der Beitragssatz bis 2030 nicht über 28 Prozent. Der Anteil der Beschäftigten sinkt auf 14 Prozent, da die Unternehmen die Hälfte der Vorsorge tragen.

Dafür haben die Menschen eine Rente, die ihren Lebensstandard im Alter sichert und zuverlässig vor Armut schützt, sind im Fall von Erwerbsminderung ausreichend abgesichert und können in einem realistischen Alter in den Ruhestand gehen.

Das ist nicht zu viel verlangt und für die Unternehmen tragbar.

**Gute Renten sind also machbar.
Machen wir politisch Druck dafür!**

Unternehmen müssen wieder mehr zahlen!





ZUM WEITERLESEN

Eine Rente zum Leben:

<http://dokumente.linksfraktion.net/download/120919-rentenkonzept.pdf>
www.linksfraktion.de
Themen A-Z Rentenpolitik

Bundestagsdrucksachen:

- 17/8481** Rentenversicherung stärken und solidarisch ausbauen
- 17/10991** Rente erst ab 67 zurücknehmen
- 17/11854** Entschließungsantrag Altersarmut von Frauen
- 17/10996** Angleichung der Renten in Ostdeutschland auf das Westniveau

NOCH FRAGEN:

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Matthias W. Birkwald, Sprecher für Rentenpolitik
Diana Golze, Leiterin des Arbeitskreises IV Arbeit, Gesundheit, Soziales

Telefon: 030/227-51170, Telefax: 030/227-76248
info@linksfraktion.de

www.linksfraktion.de